

# UNIVERSITÄT GREIFSWALD

## Studierendenschaft



Wissen  
lockt.  
Seit 1456

Universität Greifswald, Präsidium des Studierendenparlaments, 17487 Greifswald

An die Mitglieder des Studierendenparlamentes,  
die Mitglieder des AStA,  
die Mitglieder der moritz.medien,  
die Fachschaften,

Präsidium des  
Studierendenparlamentes

Der Präsident

Adrian Schulz

stellv. Felix Waltenburg  
stellv. Stan Patzig

Telefon: +49 3834 86-1750  
Telefax: +49 3834 86-1752  
stupa@uni-greifswald.de

---

Az. StuPa-Präsidium

Bearb.: Adrian Schulz  
Stan Patzig

06.12.16

hiermit laden wir herzlich zur 12. ordentlichen Sitzung  
der 26. Legislatur 2016/2017 des Studierendenparlamentes am

**Mittwoch, den 7. Dezember 2016,  
um 20.00 Uhr c.t.**

**im Hörsaal Wirtschaftswissenschaften  
in der Friedrich-Loeffler-Straße 70 ein.**

# TAGESORDNUNG

- TOP 1 Begrüßung
- TOP 2 Berichte
- TOP 3 Fragen und Anregungen aus der Studierendenschaft
- TOP 4 Formalia
- TOP 5 Finanzanträge
  - 5.1 Technik Geologenkeller
  - 5.2 StuThe Workshop
- TOP 6 Wahlen AStA
  - 6.1 Referat für Studium und Lehre
  - 6.2 Co-Referat für Fachschaften und Gremien
- TOP 7 Wahl der Mitglieder des Medienausschusses
- TOP 8 Wahl der Mitglieder des Gamificationausschusses
- TOP 9 Wahl der Mitglieder des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung
- TOP 10 Änderung der Finanzordnung (2. Lesung)
- TOP 11 Änderung der Fachschaftsrahmenordnung II (2. Lesung)
- TOP 12 Haushalt 2017
- TOP 13 Bestätigung stellv. AStA-Vorsitzende
- TOP 14 Bestätigung Beschluss AStA (Hochschulmeisterschaft Judo)
- TOP 15 Gendern der Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft
- TOP 16 Bereitstellung WSP-Mittel zur Verhinderung von Zwangsvakanzen an der Philosophischen Fakultät
- TOP 17 Office 365 für die Universität Greifswald
- TOP 18 Austritt fzs
- TOP 19 Stipendieninformationsveranstaltung im Rahmen des Tags der Stiftungen
- TOP 20 Verlegung des Vorlesungszeitbeginns auf den Dienstag nach Ostern prüfen
- TOP 21 Aufwandsentschädigung Geschäftsführung moritz.medien
- TOP 22 Bestätigung der Anträge der Vollversammlung vom 6. Dezember 2016
- TOP 23 Sonstiges

## TOP 10 - Änderung der Finanzordnung (2. Lesung)

Antragssteller: Adrian Schulz, Fabian Schmidt

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Finanzordnung wird in § 15 Aufwandsentschädigung wie folgt geändert:

### § 15 Aufwandsentschädigungen

(1) Für die Ausübung satzungsmäßiger Ämter in der studentischen Selbstverwaltung kann die Studierendenschaft eine monatliche Aufwandsentschädigung gewähren. Ihre Höhe wird jeweils durch einen Beschluss des Studierendenparlamentes festgelegt; die nachstehenden Beträge dürfen nicht überschritten werden:

Amt	Höchstbetrag (in €)
a) AStA-Referent*innen	350
b) AStA-Co-Referent*innen	220
c) autonome AStA-Referent*innen	100
d) Geschäftsführer*in moritz.medien	300
e) Chefredakteur*innen moritz.medien	300
f) Präsidium des Studierendenparlament	300

(2) Für den Zeitraum der Vertretung eines AStA-Referats durch eine\*n AStA-Referent\*in oder für eine Vertretung von Ämtern der moritz.medien kann monatlich eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von bis zu 100 Euro gewährt werden. Die insgesamt auszahlende Summe darf jedoch 400 Euro nicht übersteigen.

(3) Das Präsidium des Studierendenparlamentes erhält ein Sitzungsgeld von 100 Euro je Sitzung, das ebenso wie die Aufwandsentschädigung zu gleichen Teilen an dessen Mitglieder auszahlend ist.

(4) Der\*die Wahlleiter\*in und der\*die stellvertretende Wahlleiter\*in erhalten jeweils eine einmalige Aufwandsentschädigung von bis zu 400 Euro.

(5) Das Studierendenparlament kann Mitgliedern der Studierendenschaft für die Erledigung einzelner Projekte oder sonstiger Tätigkeiten im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Aufgaben für einen begrenzten Zeitraum eine Aufwandsentschädigung bewilligen.

(6) Aufwandsentschädigungen werden zu dem Zweck gewährt, den mit einer pflichtgemäßen Amtsausübung regelmäßig verbundenen persönlichen, zeitlichen und finanziellen Aufwand pauschaliert abzugelten. Bei nicht ordnungsgemäßer Arbeit oder nicht pflichtgemäßer Erfüllung der Aufgaben durch die in § 15 Abs. 1 genannten Studierenden kann das Studierendenparlament per Beschluss zukünftige Aufwandsentschädigungen kürzen, sowie gezahlte Aufwandsentschädigungen zurückfordern. Bei Abwesenheit der betroffenen Studierenden ist der Beschluss diesen gegenüber per Post oder persönliche Übergabe des Beschlusses bekannt zugeben.

(7) Ein freiwilliger Verzicht der in § 15 Abs. 1 genannten Aufwandsentschädigungen ist jederzeit ohne weitere Auflagen möglich.

*Begründung:*

Dieser Vorschlag entstammt der Sitzung der AG Satzung am 15.11.2016.

## TOP 11 – Änderung der Fachschaftsrahmenordnung II (1. Lesung)

*Antragssteller:* Fabian Schmidt

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Das Studierendenparlament beschließt folgende Änderungen in der Fachschaftsrahmenordnung:

Die Fachschaftsrahmenordnung der Studierendenschaft der Universität Greifswald wird wie folgt geändert:

Alt:

(4) Der Fachschaftsrat hat mindestens drei Mitglieder. Die Mitglieder des Fachschaftsrates wählen eine Vorsitzende, eine Referentin für Finanzen und eine Kassenwartin. Darüber hinaus müssen jene Fachschaftsräte, die fachlich an der Lehramtsausbildung beteiligt sind, eine Lehramtsbeauftragte ernennen. Dies gilt insbesondere für die Fachschaftsräte der Anglistik/Amerikanistik, Dt. Philologie, Geographie, Geschichte, Kunstwissenschaften, Nordistik, Philosophie, Slawistik und Theologie. Kassenwartin und Lehramtsbeauftragte müssen nicht Mitglieder des Fachschaftsrates sein

Neu:

(4) Der Fachschaftsrat hat mindestens drei Mitglieder. Die Mitglieder des Fachschaftsrates wählen eine Vorsitzende, eine Referentin für Finanzen und eine Kassenwartin. Darüber hinaus müssen jene Fachschaftsräte, die fachlich an der Lehramtsausbildung beteiligt sind, eine Lehramtsbeauftragte ernennen. Dies gilt insbesondere für die Fachschaftsräte der Anglistik/Amerikanistik, Dt. Philologie, Geographie, Geschichte, Kunstwissenschaften, Nordistik, Philosophie, Slawistik und Theologie. ~~Kassenwartin und~~ Lehramtsbeauftragte müssen nicht Mitglieder des Fachschaftsrates sein.

*Begründung:*

Die Verwaltung der Fachschaftsfinanzen wurde auf der Sitzung der AG Satzung diskutiert. Erörtert wurde ob nur gewählte Mitglieder eines Fachschaftsrates oder auch kooptierte Mitglieder in die Verantwortung der Verwaltung der Fachschaftsfinanzen einbezogen werden.

**TOP 12 – Haushalt 2017**

siehe Anhänge: *HH\_2017\_AStA* und *HH\_2017\_Medien*

**TOP 13 – Bestätigung stellv. AStA-Vorsitzende**

siehe Anhang: *Wahl\_stellv\_Vorsitz*

**TOP 14 – Bestätigung Beschluss AStA (Hochschulmeisterschaft Judo)**

siehe Anhang: *Förderung\_Judo*

## TOP 15 – Gendern der Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft

*Antragsteller:* Stan Patzig, Adrian Schulz

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Die\*der Gleichstellungsbeauftragte der Studierendenschaft wird beauftragt, folgende Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft sowie deren Anhänge wie im Beschluss "Gendergerechte Sprache im Studierendenparlament" (Beschl.-Nr. 2016-07-06/150) festgelegt zu gendern:

- Satzung der Studierendenschaft
- Geschäftsordnung des Studierendenparlaments
- Geschäftsordnung des AStA
- AStA-Struktur
- AStA-Leitbild
- Finanzordnung
- Förderrichtlinie
- Sozialdarlehensordnung
- Fachschaftsrahmenordnung
- Wahlordnung

*Begründung:*

Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg der Gleichberechtigung aller Geschlechter.

## **TOP 16 – Bereitstellung finanzielle Mittel aus der Wohnsitzprämie zur Verhinderung von Zwangsvakanzen an der Philosophischen Fakultät**

*Antragsteller: Timo Neder, Stefan Lukas, Jonathan Dehn, Milos Rodatos, Jule Kratzat, Mario Grabosch, Mayang Toda, Sanko Ogon, Therése Altenburg, Juliane Harning, Dinah Hamm, Josephine Schalau, Dean Münder, Linda Förste, Lisa Wurzer, Jonathan Dehn, Florian Mehli, Tatjana König, Moja Stöcker. Momo Paula Lühmann, Tobias Bessert*

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

1. Das Studierendenparlament bewilligt die durch die Vollversammlung bereitgestellten (Beschlussnummer 2016-06-28/129) Wohnsitzprämie-Mittel in Höhe von 17.000 EUR aus dem Solidarmodell für die grundständige Finanzierung der Philosophischen Fakultät. Das Geld wird insbesondere für die Verhinderung von möglichen Zwangsvakanzen bereitgestellt.
2. Die Studierendenschaft Greifswald beauftragt den AStA, weiterhin auf die Problematik von drohenden Zwangsvakanzen in Folge der Haushaltslage der Philosophischen Fakultät und anderen Einrichtungen aufmerksam zu machen.
3. Die Studierendenschaft Greifswald lehnt weiterhin Zwangsvakanzen an der Universität Greifswald ab und fordert alle Beteiligten auf, trotz bestehender Kompromisse zwischen Universität und Landesregierung, durch zusätzliche finanzielle Mittel die Notwendigkeit von Zwangsvakanzen als Sparmaßnahme zu verhindern.

*Begründung:*

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zwischen Universität und Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren wurde der sogenannte Kompromiss von Hasenwinkel erreicht, der die Finanzierung der Universität in den nächsten 5 Jahren festschreibt. Die entsprechenden Bestimmungen umfassen einen jährlichen Mittelaufwuchs in Folge von Kostensteigerungen wie z.B. Tarifabschlüssen. Allerdings erfolgte im Rahmen der Einigung kein Stopp der bereits beschlossenen Stellenstreichungen aus den vorangegangenen Sparrunden im Zuge des Landespersonalkonzepts. Dies führt dazu, dass einerseits zusätzliche Mittel an die Universität gegeben werden, gleichzeitig aber weiterhin Personal abgebaut werden muss. Diese Paradoxie ist in Zeiten von dreistelligen Millionenüberschüssen im Landeshaushalt ein unerklärlicher Zustand. Die Studierendenschaft Greifswald hat in der Vergangenheit den Kompromiss von Hasenwinkel scharf kritisiert und forderte darüber hinaus endlich den dringend benötigten Stopp des Stellenabbaus.

In der Philosophischen Fakultät ist der Abbau von Stellen im Zuge des Landespersonalkonzepts immer noch eine drastische Gefahr für die Aufrechterhaltung von Studium und Lehre. Die Ausgangslage der bis 2019 anhaltenden Stellenstreichungen wird durch die Minderzuweisungen für wissenschaftliche Mittelbaustellen als Beamtenstellen deutlich verschlechtert.

Die einzelnen Institute innerhalb der Philosophischen Fakultät haben im Zuge der desolaten Haushaltslage bereits solidarisch einen Beitrag von rund 52.000 EUR für die Gesamtfinanzierung der Fakultät aus ihren Instituts-Wohnsitzprämie-Mitteln zur Verfügung gestellt. Mit den Mitteln aus dem Solidartopf der Studierendenschaft könnte so mit in diesem Jahr das Stellenäquivalenz von rund 1,0 Stellen gegenfinanziert werden. Die Mittel tragen im erheblichen Maße dazu bei, dass es bisher keine Zwangsvakanzen geben muss. Sollten die Mittel in Zukunft nicht mehr in einem vergleichbaren Umfang fließen, müssten umgehend Zwangsvakanzen eingeführt werden, die sich drastisch auf die Qualität von Studium und Lehre auswirken würden.

## TOP 17 – Einführung von Office 365 kostenlos für Studenten und Studentinnen der Universität

*Antragsteller: Levon Buniatyan, Fabian Rene Fischer, Renata Thomas*

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Die Vollversammlung [sic!] möge die AStA Referentin für Studium und Lehre beauftragen die kostenlose Bereitstellung von Office 365 für die Studentinnen und Studenten der Universität zu prüfen. Zu überprüfen ist, ob eine entsprechende Kooperation mit Microsoft möglich ist und welche Kosten für die Universität dadurch entstehen könnten.

*Begründung:*

Eine Kooperation mit Microsoft und die daraus resultierende Bereitstellung von Office 365 University für alle Studentinnen und Studenten unterstützt die Digitalisierung an unserer Universität. Die Studentinnen und Studenten werden im Rahmen dieser Aktion kostenlos mit Office Komponenten ausgestattet. Darunter Microsoft Word, Power Point und Excel. Microsoft stellt Hochschulen, die eine Kooperation bereits eingegangen sind, stets die neuste Version (derzeit Office 2016) zur Verfügung. Die meisten Universitäten in der Bundesrepublik sind bereits bei Office 365 dabei.

Jegliche Informationen zu Office 365 für Bildungseinrichtungen findet ihr unter [www.edu365.de](http://www.edu365.de).

## TOP 18 – Austritt fzs

*Antragsteller: Levon Buniatyan, Fabian Rene Fischer und Renata Thomas*

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Die Vollversammlung [sic!] möge den Austritt aus dem studentischen Dachverband FZS beschließen

*Begründung:*

Der fzs (Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften) gilt als der Dachverband der verfassten Studierendenschaft. Insgesamt waren 2014 noch 83 Hochschulen Mitglied im fzs, darunter auch die Universität Greifswald als Fördermitglied seit 2013 (auf der Homepage gekennzeichnet mit „Fm“). Heute sind es nur noch 75. Dafür entrichtet unsere Uni einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 500€. Hinzu kommen noch Fahrtkosten zu Mitgliederversammlung(en) o.Ä. Die Universität Greifswald hat kein Wahl- oder Stimmrecht auf Mitgliederversammlungen. In letzter Zeit sind aufgrund von den unten aufgelisteten Vorfällen mehrere Hochschulen ausgetreten, in Trier forderten die Jusos den Austritt.

Die Kritik am fzs:

In Jahre 2014 leistete sich der fzs einen größeren Skandal, der für Aufsehen sorgte. Die ehemalige Frauenbeauftragte Franziska Hildebrandt legte ihre Arbeit beim fzs nieder. Sie kritisierte den internen Umgangston, aber auch die Tatsache, dass allem Anschein nach die Antidiskriminierungspolitik des fzs nur eine „glitzernde Rauschgoldverpackung“ sei, um u.a. „Kapazitäten der Studierendenschaft zu verschwenden“ und daneben in-

terne Differenzen zu „verbergen“. Außerdem wird dem fzs die Kritik zu Teil, „parteiliche Interessen“ wahrzunehmen und zu erreichen.

Wer sich den Spaß erlaubt, die Website des fzs durchzuforschen, wird schnell mit interessanten Äußerungen konfrontiert. Hier ein paar Ausschnitte, die die politische Ausrichtung des fzs präsentieren:

#### Abschaffung Exzellenzinitiative

„Der Zwang, sich stets im Wettbewerb mit anderen Fachbereichen und Forscher\*Innen zu sehen, muss aufgelöst werden.“

#### Solidarisierung mit..

„Solidaritätserklärung der Mitgliederversammlung des freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften an die StudentInnen in Österreich“ (es gibt noch weitere Solidarisierungsanträge)

#### Geschlechterpolitik

„Geschlecht dient ausschließlich dazu, diese Machtstrukturen aufrecht zu erhalten. Ein langfristiges Ziel von Geschlechterpolitik muss es demnach auch sein, Geschlecht abzuschaffen“

#### Schuldenbremse

„Die neoliberale Steuerpolitik des letzten Jahrzehnts, die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten zwei Jahre und die in den letzten Zügen der "großen" Koalition beschlossene so genannte Schuldenbremse, hat das gesamte Staatsgebilde BRD an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht“

#### Studentenverbindungen

„Allerdings trifft die Beschreibung als rechtsextrem nur auf einen Teil des Verbindungsspektrum zu. Eine Kritik, die sich vorrangig auf neofaschistische Tendenzen bei einigen Verbindungen stützt, greift erheblich zu kurz. Denn kritikwürdige Elemente finden sich als konstituierende Bestandteile bei allen studentischen Verbindungen: Hierarchische Strukturen, das Lebensbundprinzip, männerbündische Strukturen, Elitenbildung, die Rolle im Nationalsozialismus und eine mindestens konservative und oftmals nationalistische Grundhaltung.“ (es gibt auch Verbindungen, in denen nur Frauen Mitglieder sein dürfen vgl. <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/studentenverbindungen-frauen-fechten-nicht-a-140971.html>).

#### Pro Zivilklausel

„Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) e.V. fordert anlässlich der Ergebnisse der Kleinen Anfrage der LINKEN im Bundestag zu Rüstungsforschung die flächendeckende Einführung von Zivilklauseln an Hochschule“

Es ist nicht abzustreiten, dass der fzs eine starke linke Ausrichtung hat. Heuchlerisch bezeichnet sich der fzs als „überparteilich“, jedoch ist hiervon keine Spur zu finden.

Es stellt sich außerdem noch die Frage: Was hat unsere Uni davon? Auf der gestrigen StuPa-Sitzung wurde auch diese Frage gestellt, doch wirklich zufriedenstellende Antworten gab es nicht, lediglich ein Lob für die Arbeit des fzs verschenkt.

Es ist zu hinterfragen, ob diese Mitgliedschaft im fzs wirklich notwendig ist und auch Vorteile für unsere Uni verschafft, denn nur so lassen sich die 500 Euro rechtfertigen. Bisher gibt es keine tatsächlichen Vorteile für die Studenten der Universität Greifswald und diese wird es wahrscheinlich auch nie geben. Nicht umsonst sind in diesem Jahr einige Hochschulen (TU Berlin, Uni Mainz, Uni Bremen) aus dem fzs ausgetreten und andere seit längerer Zeit keine Mitglieder mehr (Uni Marburg, Uni sowie Fachhochschule Gießen, StuRa der Universität Chemnitz, Hochschule Darmstadt, FU Berlin, HU Berlin). Man sieht, es geht auch ohne fzs. Das Geld wäre an anderen Stellen wie z.B. bei der Rücklage, für Veranstaltungen oder für die Ersti-Woche wesentlich besser geeignet.

## TOP 19 – Stipendieninformationsveranstaltung im Rahmen des Tags der Stiftungen

*Antragsteller: Levon Buniatyan, Fabian Rene Fischer, Renata Thomas*

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Die AStA-Referenten für Veranstaltungen und für Studium und Lehre werden beauftragt, im Rahmen des „Tages der Stiftungen“ eine Informationsveranstaltung über Stipendien anzubieten. Hierfür sollen insbesondere Stipendiaten diverser Stiftungen ihre Erfahrungen vermitteln.

*Begründung:*

Ziel ist es, den Studentinnen und Studenten den Weg von der Begabung hin zum Stipendium näher zu erläutern und ihnen den Mut zu geben, sich vielleicht auch mit nicht herausragenden Leistungen für ein Stipendium zu bewerben.

## TOP 20 – Verlegung des Vorlesungszeitbeginns auf den Dienstag nach Ostern prüfen.

*Antragsteller: Fabian Rene Fischer, Levon Buniatyan*

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Die Vollversammlung [sic!] möge die AStA Referentin für Studium und Lehre beauftragen zusammen mit dem Senat und dem Rektorat eine Verlegung des Sommersemesters 2017 zu prüfen.

*Begründung:*

In den vergangenen Jahren war es üblich, dass die Studentinnen und Studenten frühestens am Ostermontag von Ihren Familien nach Greifswald fahren mussten. Die Entscheidung des Rekorats, das Sommersemesters bereits 10 Tage vor Ostern beginnen zu lassen finden wir nicht sinnvoll. Hierdurch entstehen den Studentinnen und Studenten unnötige Fahrtkosten. Denn Ostern ist eines der beiden christlichen Familienfeste welches viele Studentinnen und Studenten gerne mit ihren Familien verbringen möchten. Wir schlagen eine einmalige Verlegung der Vorlesungszeit um 14 Tage vor. Der neue Termin wäre nun der 18.04.2017. Im Gegenzug würde sich das Ende der Vorlesungszeit bis Ende Juli 2017 verschieben.

## TOP 21 – Aufwandsentschädigung Geschäftsführung moritz.medien

*Antragsteller: Medienausschuss*

*Das Studierendenparlament möge beschließen:*

Die Geschäftsführung der moritz.medien, Sophie-Johanna Stoof, soll mit einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung von 60 Euro pro Monat vergütet werden, da sie die vakante Stelle des stellvertretenden Geschäftsführers seit 01. Dezember 2016 mit vertritt. Diese Regelung gilt für den Zeitraum der Vakanz.

*Begründung:*

Erfolgt mündlich.